



Berlin, Februar 2017

Sehr geehrte Frau Premierministerin,  
sehr geehrte Mitglieder der BGMEA,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern und großer Sorge haben wir die jüngsten Ereignisse in Ihrem Land zur Kenntnis genommen. Wir haben erfahren, dass es im Rahmen von Arbeitskampfmaßnahmen seit Ende letzten Jahres mehrfach zu Verhaftungen und Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern und anderen Beschäftigten gekommen ist. Dabei steht der Vorwurf im Raum, diese seien mit dem Ziel erfolgt, die Wahrnehmung der kollektiven Arbeitnehmerrechte zu behindern.

Wir sind höchst alarmiert und besorgt, dass die Einhaltung und Achtung universeller Menschenrechte, die als Selbstverständnis für alle Rechtsstaaten gelten muss, nicht gegeben ist.

Zu Recht sind Handelserleichterungen der Europäischen Union wie Zollpräferenzen unter dem Everything but Arms Agreement (EBA) streng an die Bedingung geknüpft, dass zwingende Grundsätze der ILO-Kernarbeitsnormen wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen nicht verletzt werden. Die Einleitung eines Überprüfungsverfahrens durch die Europäische Kommission könnte bestehende Begünstigungen zur Disposition stellen. Dies würde unweigerlich nicht vorhersehbare Auswirkungen zum Nachteil der wirtschaftlichen Aktivität europäischer Textil- und Modeunternehmen in Bangladesch sowie Nachteile für die Produzenten und letztlich der Beschäftigten in Bangladesch provozieren. Ein solches Szenario kann von niemandem gewollt sein.

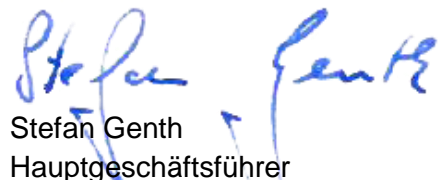
Vor diesem Hintergrund möchten wir als Vertreter der deutschen Textilwirtschaft, der Zivilgesellschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) an Sie appellieren, alles in Ihrer Möglichkeit Stehende zu unternehmen, um schnellstmöglich die im Raum stehenden Vorwürfe zu überprüfen und etwaige sich als unverhältnismäßig bzw. unrechtmäßig erweisende Maßnahmen wie Verhaftungen und Entlassungen wieder rückgängig zu machen sowie wirksame Schritte einzuleiten, die zu einer effektiven Stärkung der Sozialpartnerschaft in Ihrem Land beitragen. Hierzu zählt ausdrücklich auch zu evaluieren, ob das bestehende Verfahren der Lohnfindung im Bekleidungssektor von Bangladesch noch zeitgemäß ist, insbesondere noch der wirtschaftlichen Dynamik Ihres Landes entspricht. So erscheint uns die Einberufung des Wage Board zum jetzigen Zeitpunkt und weiterhin eine Verkürzung der Abstände zwischen den Wage Board-Treffen auf zwei Jahre sinnvoll.

Die deutsche Textilwirtschaft, die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften setzen sich seit jeher für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Bangladeschs ein. Dies tun sie seit zwei Jahren verstärkt auch im Rahmen des vom BMZ ins Leben gerufenen Bündnisses für nachhaltige Textilien. An diesem Verständnis werden wir auch weiterhin festhalten und Sie als verlässlichen Partner mit Rat und Tat bei der Umsetzung von Veränderungsprozessen unterstützen.

Hochachtungsvoll



Dr. Uwe Mazura  
Hauptgeschäftsführer  
Gesamtverband textil+mode



Stefan Genth  
Hauptgeschäftsführer  
Handelsverband Deutschland - HDE



Dr. Gisela Burckhardt  
Vorstandsvorsitzende  
FEMNET



Frank Zach  
Bundesvorstand  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



Maik Pflaum  
Referent für Entwicklungspolitik  
Christliche Initiative Romero